

Berichterstattung 2022 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Herbsttagung 2022)

Bericht vom 21. Oktober 2022

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK)¹ trafen sich am 21. Oktober 2022 zur halbjährlichen Konferenz auf der Schwägalp (AR). Unter der Leitung von Margrit Müller, Kantonsrätin des Kantons Appenzell Ausserrhoden und Vorsitzende der IPBK, nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg, der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich sowie des Fürstentums Liechtenstein an der 58. Sitzung der IPBK teil. Das Ziel der IPBK ist, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Sie fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene.

Im Zentrum der Tagung standen verschiedene Referate zum Thema Energie und eine anschliessende Podiumsdiskussion zu den Chancen und Herausforderungen der Energiewende in der Bodenseeregion. Weiter beschäftigte sich die IPBK mit den Informationen aus dem Steuergesamtausschuss und der Berichterstattung der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK).

Informationen zum Konferenzort

Margrit Müller eröffnete die Sitzung und machte als Gemeindepräsidentin von Hundwil einige Ausführungen zur Gemeinde, zu deren Bevölkerung und Traditionen sowie zur wirtschaftlichen Entwicklung. Danach begrüsst Martin Sturzenegger, Geschäftsleiter der Säntis Schwebbahn AG, die Teilnehmenden. Er informierte über Geschichte und Bedeutung des Säntis als Wetter- und Tourismusberg, und der präsentierte das Unternehmen und seine aktuellen Herausforderungen. Die Schwebbahn ist als grosse Stromverbraucherin von Tarifierhöhungen stark betroffen und eine mögliche Strommangellage ist ein einschneidendes Ereignis, auf das sich das Unternehmen bestmöglich vorbereiten muss.

Referate zu verschiedenen Themen

Sabine Erber, Projektleiterin am Energieinstitut Vorarlberg, referierte über die Umsetzungsstrategien zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Klimaziel der Dekarbonisierung des Gebäudeparks² in den nächsten 20 bis 30 Jahren. Der Ländervergleich zeigte deutlich auf, dass in den (Bundes-)Ländern und Kantonen verschiedene Wege gewählt wurden, die Treibhausgas-Etappenziele in der Bodenseeregion jedoch nirgends erreicht wurden oder gar keine Sektorenziele vorhanden sind. Der absolute Endenergieverbrauch des Gebäudeparks wurde seit 1990 um lediglich drei bis fünf Prozent reduziert. Es sind deshalb Nachschärfungen in den Klimaschutzgesetzgebungen notwendig, zudem müssen die Sanierungsrate erhöht und hochwertige Sanierungen forciert werden. Dies kann beispielsweise über Förderanreize geschehen. Sabine Erber führte weiter aus, dass mit bewährten Konzepten grosse Einsparpotenziale technisch und wirtschaftlich möglich wären (z.B. Lowtech-Gebäude wie das Landwirtschaftliche Zentrum SG in Salez). Es ist aber auch zu beachten, dass die Bevölkerungs- und Wohnflächenentwicklung

¹ Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.

² Dekarbonisierter Gebäudeparks: geringer Energiebedarf der Gebäude, der ohne Treibhausgase auskommt.

die Treiber des Energieverbrauchs waren und sind. Zuletzt wies sie darauf hin, dass Fotovoltaik-Systeme (PV) in allen Regionen deutlich an Bedeutung gewinnen und die PV-Leistung in den letzten 15 Jahren rasant gesteigert wurde.

Im Anschluss informierte Heinz Ehmann, Stv. Leiter des Amtes für Umwelt im Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau, über die Resultate der Machbarkeitsstudie «Thermische Nutzung des Bodensees und des Rheins»³. Im Jahr 2011 beschloss die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB), sich dem Thema der thermischen Nutzung von Bodenseewasser vertieft anzunehmen. Eine Arbeitsgruppe erstellte die Grundlagen und Rahmenbedingungen, wobei der Schutz des Sees stets an oberster Stelle stand. Gemäss Energiestatistik des Kantons Thurgau betrug der Verbrauch für Erdölbrennstoffe und Erdgas im Jahr 2019 rund 2'800 GWh. Mit der Wärme aus See- und Rheinwasser könnten also mehr als 10 Prozent des fossilen Wärmebedarfs ersetzt und der CO₂-Ausstoss um mehr als 10 Prozent reduziert werden.

Fabienne Eppisser, Fachspezialistin der Abteilung Energie des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau, führte die Ziele der Machbarkeitsstudie und die Voraussetzungen für die thermische Nutzung aus. Mit der Machbarkeitsstudie erhalten Gemeinden und private Bauträgerschaften neu eine Planungsgrundlage, damit Projekte schneller und einfacher angestossen sowie Investitionsentscheidungen erleichtert werden können. Ebenfalls sind dank der Machbarkeitsstudie die möglichen Gebiete für Wärmeverbunde bzw. Wärme-Kälte-Verbunde neu auf dem Geoportal⁴ des Kantons Thurgau einsehbar.

Podiumsdiskussion

An der angeregten Podiumsdiskussion mit anschliessender Fragerunde mit allen Teilnehmenden nahmen nebst den drei vorgenannten Referierenden auch Franziska Ryser, Nationalrätin aus dem Kanton St.Gallen, und Karlheinz Diethelm, Leiter Amt für Umwelt des Kantons Appenzell Ausserrhoden, teil. Die Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass die Bedeutung von lokalen Studien sehr gross ist. Der Bund kann nur Vorgaben machen, für die Umsetzung müssen aber die Regionen und Kantone selber sorgen. Ebenso wurde festgestellt, dass es nötig wäre, die Datenlage länderübergreifend besser zu koordinieren, damit die Daten und Ergebnisse wirklich verglichen werden können. Dies sei aber eine Herkulesaufgabe.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Energiesparen ein wichtiger Schritt ist, um auf Kurs zu kommen. Lang galt Energiesparen als «uncool», seit diesem Jahr wird offensichtlich, dass man mit einfachen Schritten und Mitteln viel Energie sparen kann. Erber führte aus, dass mit Lowtech-Gebäuden – intelligente Bauweise mit wenig Technik – ein weiterer grosser Beitrag zur Energieeffizienz geleistet werden kann. Sie stellte fest, dass in Fachkreisen dieser Punkt bei den Ausschreibungen bereits grosse Wichtigkeit erhalten hat. Ryser ergänzte, dass bei Bestandesbauten mit Gebäudetechnik ebenfalls sehr viel Effizienz erzielt werden könnte. Zwar müssten Steuerungen ersetzt werden und es brauche Investitionen, aber dadurch könnte der Energieverbrauch sehr einfach gesenkt werden.

Die Thurgauer Referierenden führten aus, dass die thermische Nutzung des Bodensees riesig ist. Wird das in der Machbarkeitsstudie festgelegte Potenzial genutzt, könnte man zwei Atomkraftwerke einsparen. Die Studie hat einen Schub an Projekten ausgelöst; es gibt private Projekte, aber auch Gemeinden und Unternehmen zeigen Interesse. Der Ball zur Umsetzung liegt nun auch bei der Bewilligungsstelle, wobei Heinz Ehmann ausführte, dass dank der Machbarkeitsstudie Projekte innerhalb weniger Monate bewilligungsfähig sind. Ebenso erfreut war er

³ Abrufbar unter <https://energie.tg.ch>.

⁴ Siehe <https://map.geo.tg.ch/gsu7OV3qhWr>.

darüber, dass die Studie kantonsübergreifend Beachtung findet. Im Kanton Zürich gibt es einzelne Projekte, aber auch aus Deutschland zeigt sich Interesse. Kantonsrat Walter Gartmann-Mels wies darauf hin, dass Fernwärmenetze am Bodensee gut sind, aber auch sehr viel Energie und finanzielle Mittel nötig sein werden, um solche Wärmenetze zu erstellen. Er stellte die Frage, ob diese Energiequelle tatsächlich zukunftsfähig ist. Ryser entgegnete, dass es tatsächlich Energie brauchen wird, aber auch Gebäude mit fossilen Energieträgern brauchten Energie. Wichtig wird sein, dass ein guter Mix von Energieträgern nötig ist, die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt werden müssen und die Umstellung Zeit braucht.

Über die Frage, ob für Fernwärmenetze mehr politischer Druck nötig ist, waren sich die Referierenden sowie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier uneinig. Klar ist, dass es eine Förderung und verschiedene Massnahmen sowie gesetzliche Grundlagen braucht. Noch wichtiger ist aber, dass die Kantone Privaten und den Gemeinden Unterstützung anbieten sowie Projekte koordinieren und wo nötig zusammenführen. Um Fernwärmenetze zu bauen, sind sicher grosse Investitionen nötig, aber dafür gewinnt man für eine lange Zeit eine sichere Wärmeversorgung. Kantonsrat Robert Raths-Rorschach führte aus, dass z.B. in Rorschach oder Thal vieles schon läuft. Die Rückmeldung der Bevölkerung ist sehr positiv, aber die Verantwortung liegt auch bei den Gemeinden. Es gilt, die Projekte zu initiieren und umzusetzen.

Zuletzt diskutierten die Teilnehmenden die Chancen der Geothermie und die Auswirkungen von AKW-Ausfällen. Die Referierenden führen aus, dass es betreffend Geothermie zahlreiche gescheiterte Projekte gegeben hat, weshalb der Respekt und die Unsicherheit gegenüber der Technologie gross sind. Es braucht künftig noch einmal einen Schub, denn die Chancen sind riesig. Tiefenprojekte müssen wieder einen stärkeren Beitrag an den Energiemix leisten. Ryser führte aus, dass die Schweiz im Vergleich zu Deutschland keine fixen Termine zur Abschaltung der AKW kennt. Dies berge Chancen, aber auch Risiken, z.B. sind so die Planungssicherheiten geringer. Die Referierenden und der Grossteil der Teilnehmenden waren sich einig, dass es in allen Bodenseeländern gilt, den Zubau von erneuerbaren Energien zu forcieren. In der Schweiz wurde eine Beschleunigung bei den Fotovoltaik- und Wasserkraft-Anlagen beschlossen.

Informationen aus dem Steuerungsausschuss

Die Vorsitzende der IPBK berichtete über die Tätigkeiten des Steuerungsausschusses. Sie wies darauf hin, dass der Kanton St.Gallen nach drei Jahren im Steuerungsausschuss verabschiedet wurde. Neben Appenzell Ausserrhoden und dem Freistaat Bayern wird neu der Kanton Appenzell Innerrhoden im Steuerungsausschuss vertreten sein. Ein weiteres Thema, das den Steuerungsausschuss beschäftigte, ist der Einbezug der Jugend. Im Rahmen des IBK-Jubiläums fanden verschiedene Podiumsdiskussionen mit Jugendlichen statt, und viele Ideen wurden eingebracht. Der Steuerungsausschuss ist der Ansicht, dass der Einbezug der Jugend nicht nur auf Ebene der IBK, sondern auch auf Ebene der IPBK erfolgen sollte. Das Thema wird weiterverfolgt und gegebenenfalls auf die Tagesordnung gesetzt. Margrit Müller übergab zum Schluss der Konferenz symbolisch die IPBK-Glocke an Karl Freller, Vizepräsident des bayrischen Landtages und Vorsitzender der IPBK im Jahr 2023.

Berichterstattung und Information der IBK

Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK, gab eine Rückmeldung zu den Inputs der IPBK. Die Resolution zum Fluglärm wurde von den Regierungschefs zu Kenntnis genommen. Sie lobten den Versuch, den gordischen Knoten lösen zu wollen, nun sind aber die nationalen Regierungen gefordert. Weiter informierte er über den Stand der Arbeiten der IBK zur Einsetzung einer Regierungskommission Bodensee. Die geplante Regierungskommission Bodensee soll als Schnittstelle zwischen der IBK und den nationalen Regierungen fungieren. Sie soll zu einer verstärkten politischen Koordination von strategischen Projekten mit Bezug zur nationalstaatlichen Ebene in der Region Bodensee führen. Schnell führte aus, dass es keine gesonderte Gremienstruktur brauche, sondern eine enge Verzahnung mit der IBK. Ein erstes Treffen fand statt, und

die Staatskanzlei des Kantons St.Gallen wird federführend sein, um weitere Treffen zu organisieren. Abschliessend informierte Schnell über die Umsetzung von BodanRail 2045 und über den IBK-Kleinprojektefonds und hielt Rückblick auf die IBK50-Containertour 2022.